

Weltweite Umfrage zeigt: Kürzungen der internationalen Hilfe treffen Menschen mit Behinderungen schwer

Genf, 17. August 2026. Eine von Handicap International (HI) in über 35 Ländern durchgeführte Umfrage zeigt die verheerenden Folgen der Kürzungen bei der internationalen Hilfe für Menschen mit Behinderungen: zunehmende Ausgrenzung, eingeschränkter Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und existenzielle Bedrohung. Der Bericht bezeichnet die Situation als «drastischsten Rückgang der Hilfe in der modernen Geschichte».



Eine vom HI-Projekt «InBusiness» unterstützte Unternehmerin in ihrem Nähatelier im Flüchtlingslager Kakuma. © I. Rugenge/HI

Hinweis an die Redaktion:

- [Der vollständige Bericht kann hier heruntergeladen werden.](#)
- Daniel Suda-Lang steht für Interviews auf Deutsch und Französisch zur Verfügung.
- [Unterzeichnen Sie die Petition von HI Schweiz](#) für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in die humanitäre Hilfe der Schweiz.

/ Medienkontakt

Pauline Wilhelm
p.wilhelm@hi.org
022 710 93 36
handicap-international.ch



Folgen der Mittelkürzungen für Menschen mit Behinderungen

Dem Bericht zufolge war 2025 das Jahr mit dem stärksten jährlichen Rückgang der öffentlichen Entwicklungshilfe, der je verzeichnet wurde. Demnach sank die weltweite Hilfe um 23,1 Prozent. Erstmals haben im selben Jahr die fünf grössten Geberländer der Welt ihre Hilfsbudgets gekürzt.

Der Bericht warnt davor, dass die aktuellen Kürzungen der Hilfe die Inklusion von Menschen mit Behinderungen noch stärker an den Rand der internationalen Zusammenarbeit drängen könnten.

Daniel Suda-Lang, Geschäftsleiter von HI Schweiz, erklärt:

«Jede Budgetkürzung hat auch menschliche Folgen. Sie kann Menschen den Zugang zu Rehabilitation, Bildung, Gesundheitsversorgung oder zu anderen Unterstützungsleistungen, die für ihre Selbstständigkeit unverzichtbar sind, nehmen. [...] Die internationale Gemeinschaft muss reagieren und diese Entwicklung umkehren, bevor ihre Folgen irreversibel werden.»

Behindertenorganisationen befinden sich in einer beispiellosen Finanzierungskrise

Die Umfrage zeigte, dass 79 Prozent der Organisationen, die Menschen mit Behinderungen unterstützen, in den vergangenen 18 Monaten von schweren oder sehr schweren Finanzierungskürzungen betroffen waren. Dies betraf Organisationen in allen Regionen und auf allen organisatorischen Ebenen.

Die Folgen waren unmittelbar:

- 72 Prozent der Organisationen haben mindestens ein Programm oder eine Aktivität gestrichen oder ausgesetzt.
- 43 Prozent geben an, ihren Auftrag nur noch in geringem oder sehr geringem Umfang erfüllen zu können.
- 14 Prozent erklären, dass ihnen die endgültige Schliessung droht, wenn sich die aktuellen Entwicklungen fortsetzen.
- Die USA haben ihr Engagement im Bereich der internationalen Hilfe stark zurückgefahren. Dazu haben sie die USAID aufgelöst und Tausende Programme beendet oder ausgesetzt. Das Ergebnis ist ein

/ Medienkontakt

Pauline Wilhelm
p.wilhelm@hi.org
022 710 93 36
handicap-international.ch



doppelter Rückschlag: Sowohl die finanzielle Unterstützung als auch das institutionelle Engagement für Inklusion haben abgenommen.

In der Schweiz verschärfen Kürzungen in der internationalen Zusammenarbeit diese Krise zusätzlich.

Der Bundesrat plant, die Mittel für die bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit drastisch zu reduzieren, unter anderem zugunsten der humanitären Hilfe und nationaler Interessen. Diese Neuausrichtung gefährdet die langfristige Finanzierung, die für Organisationen von Menschen mit Behinderungen und für Programme zur Förderung ihrer Inklusion unerlässlich ist.

Besonders betroffen: Frauen, Kinder, Geflüchtete und die ländliche Bevölkerung

Der Bericht kommt zum Schluss, dass die Kürzungen der internationalen Hilfe Menschen mit Behinderungen, die ohnehin schon vielfältigen Formen der Ausgrenzung ausgesetzt sind, unverhältnismässig stark treffen.

Die befragten Organisationen nannten folgende Gruppen als besonders betroffen:

- Kinder mit Behinderungen (85 Prozent),
- Frauen und Mädchen mit Behinderungen (84 Prozent),
- ältere Menschen mit Behinderungen (83 Prozent).

Frauen und Mädchen mit Behinderungen haben nur eingeschränkten Zugang zu spezialisierten Unterstützungsleistungen und sind einem erhöhten Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt. Kinder und Jugendliche sind von Unterbrechungen bei Rehabilitations-, Ernährungs- und Bildungsangeboten betroffen, was das Risiko von Schulabbruch, Mangelernährung und irreversiblen Entwicklungsverzögerungen mit sich bringt.

Angesichts dieser Erkenntnisse fordert HI Schweiz den Bundesrat zum Handeln auf. In einer Petition fordert die Organisation, dass die Schweiz Menschen mit Behinderungen in ihre humanitäre Hilfe einbezieht. Im Winter 2026 wird sie beim Bundesrat eine entsprechende Motion einreichen. Jede Unterschrift erhöht die Chancen, dass diese Motion angenommen wird. Die Petition kann unter folgendem Link unterzeichnet werden:

www.handicap-international.ch/petition

Über Handicap International

[Handicap International](http://www.handicap-international.ch) (HI) ist eine unabhängige internationale Hilfsorganisation, die seit über 40 Jahren Menschen unterstützt, die von Armut, Ausgrenzung, Konflikten und Katastrophen

betroffen sind. Sie unterstützt Menschen mit Behinderungen und andere besonders schutzbedürftige Menschen, damit ihre grundlegenden Bedürfnisse gedeckt werden, sich ihre Lebensbedingungen verbessern und ihre Würde und Grundrechte gestärkt werden.

Seit der Gründung 1982 ist HI in rund 60 Ländern mit Entwicklungsprogrammen tätig und leistet Hilfe in unzähligen Notsituationen. Im Januar 2018 wurde das internationale Netzwerk Handicap International zu «Humanity & Inclusion». Das weltweite Netzwerk umfasst nationale Verbände mit dem Namen «Handicap International» in Frankreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz sowie unter dem Namen «Humanity & Inclusion» in Grossbritannien, Kanada und den USA.

In Genf symbolisiert [Broken Chair](#) den Kampf gegen Explosivwaffen und die Gewalt gegen die Bevölkerung in bewaffneten Konflikten. Das von Daniel Berset im Auftrag der Organisation geschaffene und vor dem UNO-Gebäude aufgestellte Denkmal ist eine Mahnung an die internationale Gemeinschaft. Es erinnert die Staaten an ihre Verpflichtung, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten und die Zivilbevölkerung vor dem Einsatz von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten zu schützen.